

Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Risikolebensversicherung Aeguron Alpha Kredit

Inhaltsverzeichnis

1	Leistungsbeschreibung	3
2	Leistungsausschlüsse	3
3	Wer erhält die Leistung?	4
4	Vorgezogene Todesfallleistung im Falle einer unheilbaren Krankheit	4
5	Beginn des Versicherungsschutzes	5
6	Bestimmungen der Tarife für Nichtraucher	5
7	Was ist im Leistungsfall zu beachten?	6
8	Abtretung	7
9	Beitragszahlung	7
10	Folgen der Nichtzahlung	8
11	Überschussbeteiligung und Beitragsgarantie	8
12	Kündigung und Beitragsfreistellung	9
13	Kosten	9
14	Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht und welche Folgen hat ihre Verletzung?	9
15	Welche weiteren Mitteilungspflichten haben Sie?	12
16	Welche Folgen hat die Verletzung vertraglicher Obliegenheiten?	12
17	Was gilt bei Änderung Ihrer Postanschrift und Ihres Namens?	13
18	Wie können Sie Ihren Vertrag anpassen?	13
19	Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung?	14
20	Wo ist der Gerichtsstand?	14

In diesem Dokument finden Sie Regelungen zu Ihrem Vertrag. Lesen Sie es bitte in Verbindung mit dem Versicherungsschein. Über die im Vertrag enthaltenen Kosten informieren Sie sich bitte aus dem Informationsblatt zu Versicherungsprodukten.

Erläuterungen zu den Begriffen, wie sie gemäß dieser Bedingungen zu verstehen sind:

Leistungsempfänger (Bezugsberechtigter)

Die von Ihnen benannte Person, welche die Versicherungsleistung erhält.

Risikolebensversicherung

Individualversicherung, die im Fall des Todes der versicherten Person eine vereinbarte Summe an den Leistungsempfänger auszahlt.

Versicherte Person

Die Person, auf deren oder dessen Leben die Versicherung abgeschlossen ist und die unsere Antrags- und Gesundheitsfragen beantwortet.

Versicherungsnehmer

Die Person, die den Vertrag abschließt und auch die Beiträge bezahlt.

Versicherungsschein

Dieses Dokument enthält die Vereinbarungen zum Versicherungsvertrag und insbesondere Informationen über Leistung und Beitrag.

Versicherungsdauer

Die Dauer, für die der Versicherungsschutz besteht. Sie ist im Versicherungsschein festgelegt.

Versicherungsperiode

Die Periode, für die ein Beitrag entrichtet wird (ein Monat oder ein Jahr).

Versicherungsjahr

Das Versicherungsjahr beginnt mit dem im Versicherungsschein ausgewiesenen Versicherungsbeginn.

Vertragserklärung

Versendung der Antragsinformationen an den Versicherer durch Abschluss des Antragsprozesses.

1 Leistungsbeschreibung

- (1) Wir zahlen die mit Ihnen vereinbarte Versicherungssumme, wenn ein Versicherungsfall eingetreten ist. Ein Versicherungsfall liegt vor, wenn
 - I) die versicherte Person während der Vertragsdauer verstirbt oder
 - II) wenn die versicherte Person gemäß Punkt 4 dieser Bedingungen unheilbar erkrankt ist.
- (2) Die Risikolebensversicherung Aeguron Alpha Kredit können Sie nur abschließen, wenn Sie Ihren Wohnsitz in Deutschland haben.
- (3) Die vereinbarte Versicherungssumme finden Sie im Versicherungsschein. Die Mindestversicherungssumme beträgt € 20.000.
- (4) Sie haben bei den Deckungsarten die Wahl zwischen konstanter und linear fallender Versicherungssumme. Bei konstanter Versicherungssumme bleibt die Versicherungsleistung während der gesamten Vertragsdauer unverändert. Bei linear fallender Versicherungssumme fällt die zu Versicherungsbeginn vereinbarte Versicherungssumme jährlich zum Jahrestag des Versicherungsbeginns gleichmäßig um einen konstanten Betrag. Dieser wird so bemessen, dass mit Ablauf der Versicherungsdauer die versicherte Summe gleich Null ist.

Welche Deckungsart für Ihren Vertrag gilt, können Sie dem Versicherungsschein entnehmen. Sie können während der Vertragsdauer eine Änderung der Deckungsart bei uns in Textform beantragen.
- (5) Die versicherte Person kann dieselbe oder eine andere Person als der Versicherungsnehmer sein. In beiden Fällen sind Sie als Versicherungsnehmer auch Beitragszahler. Es ist nicht möglich, einen anderen Beitragszahler als den Versicherungsnehmer zu bestimmen.

2 Leistungsausschlüsse

Grundsatz

Grundsätzlich erfüllen wir Leistungsansprüche unabhängig davon, auf welcher Ursache der Versicherungsfall beruht. Wir erfüllen sie auch dann, wenn die versicherte Person in Ausübung des Polizei- oder Wehrdienstes oder aufgrund von Vorkommnissen bei inneren Unruhen gestorben ist.

Krieg

Stirbt die versicherte Person in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegsrischen Ereignissen, besteht kein Versicherungsschutz. Wir leisten jedoch uneingeschränkt, wenn die versicherte Person in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegsrischen Ereignissen stirbt, denen sie während eines Aufenthaltes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen sie nicht aktiv beteiligt war.

ABC Stoffe

Stirbt die versicherte Person in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang mit

- dem vorsätzlichen Einsatz von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen oder
- dem vorsätzlichen Einsatz oder der vorsätzlichen Freisetzung von radioaktiven, biologischen oder chemischen Stoffen,

besteht kein Versicherungsschutz. Der Einsatz bzw. das Freisetzen muss in diesem Fall darauf abgezielt haben, das Leben einer Vielzahl von Personen zu gefährden. Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn die versicherte Person in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen stirbt, denen sie während eines Aufenthaltes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen sie nicht aktiv beteiligt war.

Selbsttötung

Bei vorsätzlicher Selbsttötung leisten wir, wenn seit Abschluss des Versicherungsvertrages drei Jahre vergangen sind. Bei vorsätzlicher Selbsttötung vor Ablauf der Dreijahresfrist entfällt der Versicherungsschutz.

Versicherungsschutz besteht unabhängig vom Ablauf der Dreijahresfrist, wenn wir den Nachweis erhalten, dass sich die versicherte Person in einem Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit, der die freie Willensbildung ausschloss, selbst getötet hat.

Wenn eine Änderung des Vertrages unsere Leistungspflicht erweitert oder der Vertrag wiederhergestellt wird, beginnt die Dreijahresfrist für die geänderten oder wiederhergestellten Teile neu.

3 Wer erhält die Leistung?

- (1) Als Versicherungsnehmer bestimmen Sie, wer die Leistung erhält. Gegebenenfalls bedarf es hierzu zusätzlich einer Zustimmung Dritter. Sofern Sie keinen Leistungsempfänger (Bezugsberechtigten) bestimmen, leisten wir an Sie. Sind Sie die versicherte Person, leisten wir bei Eintritt des versicherten Ereignisses an Ihre Erben.
- (2) Sie können den Bezugsberechtigten bis zum Eintritt des Versicherungsfalls jederzeit neu bestimmen.

4 Vorgezogene Todesfalleistung im Falle einer unheilbaren Krankheit

- (1) Wir zahlen auf Ihren Antrag hin die mit Ihnen vereinbarte Versicherungssumme bereits vor dem Tod der versicherten Person, wenn bei dieser während der Vertragsdauer eine unheilbare Krankheit gemäß Absatz (2) diagnostiziert wird.
- (2) Eine unheilbare Krankheit im Sinne dieser Bedingungen besteht, wenn eine durch einen Facharzt diagnostizierte fortlaufende Krankheit vorliegt, bei der die Lebenserwartung der versicherten Person ab dem Zeitpunkt der Diagnose trotz adäquater Behandlung weniger als 12 Monate beträgt.
- (3) Wir behalten uns das Recht vor, in Zweifelsfällen für die Diagnose auf unsere Kosten eine zweite ärztliche Meinung bei einem Arzt unserer Wahl einzuholen und den Leistungsanspruch nach deren Ergebnis zu beurteilen.
- (4) Um die Leistung beanspruchen zu können, übermitteln Sie bitte die Diagnose eines Facharztes, einschließlich der Befunde, die der versicherten Person eine unheilbare Krankheit im Sinne von Absatz (2) attestieren. Die unter Punkt 7 dieser Bedingungen beschriebenen generellen Pflichten und Rechte gelten weiterhin.

- (5) Sofern uns nach den Bedingungen dieses Vertrages ärztliche Befunde einzureichen sind, gilt, dass wir ärztliche Befunde aus folgenden Staaten akzeptieren: EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien, Schweiz, Island, Norwegen, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Insel Man, Kanalinseln.

Befunde aus anderen Ländern werden wir bestmöglich berücksichtigen.

- (6) Eine vorgezogene Leistung wird nicht gewährt, falls die Erkrankung im Sinne von Absatz (2) auf eine vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung im Sinne von Punkt 14 dieser Bedingungen zurückzuführen ist.
- (7) Mit Auszahlung der vorgezogenen Todesfalleistung an Sie endet der Versicherungsvertrag.

5 Beginn des Versicherungsschutzes

- (1) Der Versicherungsschutz beginnt mit dem Datum, das im Versicherungsschein als Versicherungsbeginn angegeben ist. Einen Leistungsanspruch haben Sie nach der vollständigen Zahlung des Erstbeitrages. Ausnahmeregelungen können Sie unter Punkt 10 Absatz (1) dieser Bedingungen nachlesen.
- (2) Sie haben die Möglichkeit, Ihre Vertragserklärung innerhalb von 30 Tagen zu widerrufen und damit den Vertrag zu beenden. In diesem Fall erhalten Sie bezahlte Beiträge zurück. Nähere Einzelheiten hierzu können Sie der Widerrufsbelehrung entnehmen, die Ihnen in einem separaten Dokument gemeinsam mit den Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Verfügung gestellt wird.

6 Bestimmungen der Tarife für Nichtraucher

- (1) Die Beiträge der Nichtraucher-Tarife sind auf Basis der Annahme kalkuliert, dass die versicherte Person in den vergangenen 12 Monaten (Nicht-Raucher) bzw. 10 Jahren (10-Jahre-Nicht-Raucher) vor Vertragsabschluss nicht geraucht hat, d.h. keine nikotinhaltigen Produkte (zum Beispiel: Zigaretten, Zigarren, Zigarillos, E-Zigaretten, E-Pfeifen, Kautabak, Schnupftabak oder Wasserpfeife) konsumiert hat. Zur Prüfung des Nichtraucherstatus behalten wir uns vor, im Rahmen der Risikoprüfung medizinische Tests zur Bestätigung anzufordern.
- (2) Wurde bei Antragstellung eine unvollständige oder falsche Erklärung (insbesondere Nichtraucher-Erklärung bei einer Risikoversicherung für Nichtraucher) abgegeben und auch nicht bis zu unserer Vertragsannahme korrigiert, kann dies den Verlust des Versicherungsschutzes zur Folge haben. Die Folgen einer solchen Anzeigepflichtverletzung sind unter Punkt 19 dieser Bedingungen näher beschrieben.
- (3) Änderung der Tarifprämie: Einen Wechsel vom Raucher- zum Nicht-Raucher-Tarif ist frühestens 12 Monate nach Vertragsabschluss möglich, wenn Sie 12 Monate nicht geraucht haben. Für einen Wechsel vom Nicht-Raucher- zum 10 Jahre Nicht-Raucher-Tarif dürfen Sie seit 10 Jahren nicht geraucht haben. Diese Änderung ist frühestens 5 Jahre nach Vertragsabschluss möglich.

Sie müssen den Wechsel in Textform beantragen. Als Voraussetzung für den Wechsel können wir eine erneute Risikoprüfung durchführen. Die Beiträge werden entsprechend der Änderung zu aktuell geltenden Prämienraten und Bedingungen angepasst.

7 Was ist im Leistungsfall zu beachten?

- (1) Der Tod oder die unheilbare Krankheit der versicherten Person ist uns unverzüglich mitzuteilen, d.h. ohne schuldhaftes Zögern. In Fall des Todes der versicherten Person müssen Sie uns folgende Unterlagen vorlegen:
- eine beglaubigte Kopie der Sterbeurkunde der versicherten Person mit Angabe von Alter und Geburtsort;
 - eine ausführliche ärztliche oder amtliche Bescheinigung über die Todesursache. Aus der Bescheinigung müssen sich die Umstände ergeben, die zum Tod der versicherten Person geführt haben
 - eine beglaubigte Kopie vom Personalausweis des Leistungsempfängers (Bezugsberechtigten) oder bei nicht genannten Bezugsberechtigten ein Nachweis der Erbberechtigung. Wir behalten uns das Recht vor, vor Auszahlung eine Identifizierung des Leistungsempfängers zu verlangen;
 - eine Kopie des Polizeiberichtes oder der Ermittlungsakte über die Todesumstände, sofern vorhanden.

Im Falle einer schweren Krankheit müssen Sie uns folgende Unterlagen vorlegen:

- Detaillierter Bericht des behandelnden Arztes der versicherten Person im Hinblick auf Ursache, Eintritt, Art, Verlauf und voraussichtliche Dauer der Krankheit sowie, falls zutreffend, die Auswirkung auf die Fähigkeit, den Beruf auszuüben.
- Liste von Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder Pflegern, von denen die versicherte Person behandelt wurde oder zukünftig wird. Zusätzlich haben wir das Recht auf weitere medizinische Untersuchungen durch von uns ausgewählte Ärzte sowie die oben erwähnten notwendigen Nachweise.

Die Übermittlung dieser Unterlagen ist wesentlich für die Beurteilung des Leistungsanspruches. Wir können zudem verlangen, dass uns der Versicherungsschein vorgelegt wird. Die Bereitstellung dieser Unterlagen erfolgt auf Kosten des Anspruchstellers.

- (2) Sofern uns nach den Bedingungen dieses Vertrages ärztliche Befunde einzureichen sind, gilt, dass wir ärztliche Befunde aus folgenden Staaten akzeptieren: EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien, Schweiz, Island, Norwegen, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Insel Man, Kanalinseln. Ärztliche Befunde aus anderen Ländern werden wir bestmöglich berücksichtigen.
- (3) Zur weiteren Klärung der Leistungspflicht dürfen wir Gutachter, Ärzte oder Sachverständige einsetzen. Die Kosten dieser Maßnahmen tragen wir.
- (4) Ferner können wir weitere Nachweise und Auskünfte anfordern, die unsere Leistungspflicht bestätigen und die erforderlich sind, um unsere Leistungspflicht zu klären. Die Kosten hierfür trägt diejenige Person, die die Leistung beansprucht.
- (5) Unsere Leistungen werden fällig, nachdem wir die Erhebungen abgeschlossen haben, die zur Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs unserer Leistungspflicht notwendig sind. Nur wenn Sie uns die vorstehend aufgeführten oder von uns darüber hinaus angeforderten Unterlagen oder Nachweise vorlegen, können wir feststellen, ob oder in welchem Umfang wir

leistungspflichtig sind. Legen Sie die benannten Unterlagen oder Nachweise also nicht vor, kann dies dazu führen, dass unsere Leistung nicht fällig wird.

- (6) Wir zahlen die Versicherungsleistung nach etwaig erforderlicher Benachrichtigung der Steuerbehörden.
- (7) Müssen wir Leistungen in Länder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes überweisen, trägt der Leistungsempfänger die damit verbundenen Gefahren und Kosten. Die Gefahr besteht vor allem darin, dass der Betrag nicht oder nicht vollständig beim Empfänger ankommt.

8 Abtretung

- (1) Sie können das Recht auf die Leistung bis zum Eintritt des Versicherungsfalls grundsätzlich ganz oder teilweise an Dritte abtreten, soweit derartige Verfügungen rechtlich möglich sind. Solche Verfügungen müssen Sie uns in Textform mitteilen.
- (2) Machen Sie eine Abtretung rückgängig, so wird dies für uns erst wirksam, wenn der bisherige Berechtigte uns den Widerruf in Textform angezeigt hat. Der bisherige Berechtigte sind im Regelfall Sie als unser Versicherungsnehmer. Es können aber auch andere Personen sein, sofern Sie bereits zuvor Verfügungen getroffen haben.

Die Bezugsrechte des Vertrages können auch an einen namentlich genannten Kreditgeber verpfändet werden.

9 Beitragszahlung

- (1) Die Beiträge sind für die gesamte vereinbarte Versicherungsdauer zu entrichten, jedoch maximal bis zum Ende der Beitragszahlungsdauer (falls vereinbart) oder bis zum Tod der versicherten Person.
- (2) Ihre Beiträge können Sie monatlich oder jährlich bezahlen.
- (3) Den ersten Beitrag müssen Sie unverzüglich (d.h. ohne schuldhaftes Zögern) nach Abschluss des Vertrages bezahlen, jedoch nicht vor dem im Versicherungsschein vereinbarten Versicherungsbeginn. Alle weiteren Beiträge (Folgebeiträge) werden jeweils zu Beginn der vereinbarten Versicherungsperiode fällig.
- (4) Ihre Beiträge müssen rechtzeitig von einem Bankkonto per SEPA Lastschriftmandat bezahlt werden.
- (5) Sie haben den Beitrag rechtzeitig bezahlt, wenn Sie bis zum Fälligkeitstag alles getan haben, damit der Beitrag bei uns eingeht. Die Zahlung gilt in folgendem Fall als rechtzeitig:
 - Der Beitrag konnte am Fälligkeitstag eingezogen werden und
 - Sie haben einer berechtigten Einziehung nicht widersprochen.
- (6) Konnten wir den fälligen Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht einziehen, ist die Zahlung auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach unserer Zahlungsaufforderung eingeht. Haben Sie

zu vertreten, dass der Beitrag wiederholt nicht eingezogen werden konnte, sind wir berechtigt, die Zahlung künftig außerhalb des SEPA Lastschriftverfahrens zu verlangen.

- (7) Sie bezahlen die Beiträge auf Ihre Gefahr und Ihre Kosten. Wird eine Leistung fällig, verrechnen wir etwaige Beitragsrückstände.

10 Folgen der Nichtzahlung

Erster Beitrag

- (1) Wenn Sie den ersten Beitrag nicht rechtzeitig zahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange die Zahlung nicht bewirkt ist. Wir sind nicht zum Rücktritt berechtigt, wenn Sie nachweisen, dass Sie die nicht rechtzeitige Zahlung nicht zu vertreten haben. Bei einem Rücktritt können wir von Ihnen die Kosten der ärztlichen Untersuchung für die Gesundheitsprüfung zurückfordern.
- (2) Tritt ein Versicherungsfall ein und der erste Beitrag ist noch nicht vollständig gezahlt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet. Hierauf weisen wir Sie auch im Versicherungsschein noch einmal hin. Unsere Leistungspflicht bleibt jedoch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass Sie das Ausbleiben der Zahlung nicht zu vertreten haben.

Folgebeiträge

- (3) Zahlen Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig, können wir Ihnen in Textform eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen setzen.
- (4) Sollten Sie beim Eintritt eines Versicherungsfalles nach Ablauf der gesetzten Zahlungsfrist mit der Zahlung in Verzug sein, entfällt oder vermindert sich der Versicherungsschutz. Voraussetzung ist, dass wir Sie bereits mit der Fristsetzung auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben.
- (5) Wir tolerieren bei monatlicher Zahlung bis zu drei fehlende Monatsbeiträge und leiten die Kündigung erst nach der dritten ausgebliebenen Zahlung ein. Bei jährlicher Zahlung leiten wir die Kündigung drei Monate nach der ersten verpassten Zahlung ein. Während dieser Zeit informieren wir Sie rechtzeitig in Textform über verpasste Zahlungen, deren Rechtsfolgen und Nachzahlungsmöglichkeiten. Tritt ein Versicherungsfall nach Ablauf der Zahlungsfrist, aber vor der Kündigung ein, ziehen wir nicht bezahlte Beiträge von der Leistung ab.
- (6) Nach der Kündigung räumen wir Ihnen eine Frist von einem Monat ein, um die fehlenden Beiträge nachzuentrichten und den Vertrag weiterzuführen. In diesem Zeitraum entfällt jedoch unsere Leistungspflicht.

11 Überschussbeteiligung und Beitragsgarantie

- (1) Eine Überschussbeteiligung gemäß §153 VVG ist vom Vertrag ausgeschlossen.
- (2) Etwaige Überschüsse sind in Ihrem garantierten Versicherungsbeitrag bereits inkludiert.
- (3) Ferner verzichten wir auf Beitragsanpassungen gemäß §163 VVG.

12 Kündigung und Beitragsfreistellung

- (1) Sie können Ihren Versicherungsvertrag jederzeit in Textform kündigen. Die Kündigung wird mit Ende der aktuellen Versicherungsperiode (Monat oder Jahr, abhängig von der Art der Beitragszahlung) wirksam. Befinden Sie sich zum Zeitpunkt der Kündigung mit dem Folgebeitrag im Zahlungsverzug, endet der Versicherungsschutz mit der Kündigung.
- (2) Bei der Kündigung des Vertrages endet das Versicherungsverhältnis. Eine Auszahlung des Rückkaufswertes ist nicht möglich.
- (3) Eine Beitragsfreistellung oder Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung sind ebenfalls nicht möglich.
- (4) Ihre bezahlten Beiträge können Sie nicht zurückfordern.

13 Kosten

- (1) Mit Ihrem Vertrag sind Kosten verbunden. Diese sind in Ihren Beitrag einkalkuliert und werden Ihnen daher nicht gesondert in Rechnung gestellt. Es handelt sich um Abschluss- und Vertriebskosten sowie übrige Kosten.
- (2) Die Abschluss- und Vertriebskosten verwenden wir zum Beispiel zur Finanzierung der Kosten für die Vergütung des Versicherungsvermittlers, für die Antragsprüfung und Ausfertigung der Vertragsunterlagen und für Sachaufwendungen, die im Zusammenhang mit der Antragsbearbeitung stehen. Zu den übrigen Kosten gehören insbesondere die Verwaltungskosten. Die Verwaltungskosten sind die Kosten für die laufende Betreuung Ihres Vertrages.
- (3) Die Höhe der einkalkulierten Abschluss- und Vertriebskosten, der übrigen Kosten und der darin enthaltenen Verwaltungskosten können Sie dem Produktinformationsblatt und dem Informationsblatt zu Versicherungsprodukten entnehmen.

14 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht und welche Folgen hat ihre Verletzung?

Vorvertragliche Anzeigepflicht

- (1) Sie sind bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung verpflichtet, alle Ihnen bekannten Gefahrumstände wahrheitsgemäß und vollständig anzugeben. Dies bezeichnet man als „vorvertragliche Anzeigepflicht“. Sie betrifft alle Gefahrumstände, die für unseren Entschluss erheblich sind, den Versicherungsvertrag mit Ihnen überhaupt oder mit dem vereinbarten Inhalt zu schließen und nach denen wir im Antragsprozess gefragt haben.

Auch solche Umstände, die Ihnen geringfügig oder irrelevant erscheinen, sind vollständig und wahrheitsgemäß mitzuteilen.

Wenn wir Sie nach Ihrer Vertragserklärung, aber vor Vertragsannahme in Textform nach erheblichen Gefahrumständen fragen, sind Sie ebenso zur Anzeige verpflichtet.

- (2) Soll das Leben einer anderen Person versichert werden, ist diese Person zur wahrheits-gemäßen und vollständigen Angabe und Mitteilung der ihr bekannten Gefahrumstände verpflichtet.
- (3) Die Fragen nach gefahrerheblichen Umständen müssen von der versicherten Person beantwortet werden.

Welche Folgen können eintreten, wenn eine vorvertragliche Anzeigepflicht verletzt wird?

- (4) Nachfolgend informieren wir Sie, unter welchen Voraussetzungen wir bei einer Verletzung der Anzeigepflicht
 - vom Vertrag zurücktreten,
 - den Vertrag kündigen,
 - den Vertrag ändern oder
 - den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anfechten können.

1. Rücktritt und Wegfall des Versicherungsschutzes

- (5) Wird die vorvertragliche Anzeigepflicht verletzt, können wir vom Vertrag zurücktreten. Das gilt nicht, wenn nachweisbar ist, dass weder eine vorsätzliche noch grobe fahrlässige Anzeigepflichtverletzung vorliegen.
Selbst wenn die Anzeigepflicht grob fahrlässig verletzt wird, haben wir trotzdem kein Rücktrittsrecht, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten gefahrerheblichen Umstände geschlossen hätten, wenn auch zu anderen Bedingungen.
- (6) Bei einem Rücktritt entfällt der Versicherungsschutz. Erklären wir den Rücktritt nach Eintritt eines Versicherungsfalls, bleiben wir zur Leistung verpflichtet. Voraussetzung ist, dass Sie für den gefahrerheblichen Umstand, den Sie nicht oder nicht richtig angegeben haben, Folgendes belegen:
 - Der Umstand war weder für den Eintritt noch die Feststellung des Versicherungsfalls ursächlich.
 - Der Umstand war weder für die Feststellung noch den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich.

Wir sind zu Leistungen jedoch nicht verpflichtet, wenn Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt haben.

- (7) Bei einem Rücktritt steht uns die Prämie anteilig zu, bis die Rücktrittserklärung wirksam wird.

2. Kündigung

- (8) Sofern die vorvertragliche Anzeigepflicht nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt wurde, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen.
- (9) Uns steht kein Kündigungsrecht zu für den Fall, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten gefahrerheblichen Umstände geschlossen hätten, wenn auch zu anderen Bedingungen.
- (10) Bei einer Kündigung des Vertrages durch uns ist die Auszahlung eines Rückkaufwertes oder die beitragsfreie Umwandlung ausgeschlossen.

3. Vertragsänderung

- (11) Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Gefahrumstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten (siehe Absatz (5) Satz 3 und Absatz (9)), werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen zum Vertragsbestandteil. Wenn Sie die Anzeigepflicht nicht vorsätzlich verletzt haben, werden die anderen Bedingungen rückwirkend Vertragsbestandteil. Haben Sie die Verletzung der Anzeigepflicht nicht zu vertreten, werden die anderen Bedingungen erst ab der laufenden Versicherungsperiode Vertragsbestandteil.
- (12) Sie können den Vertrag innerhalb eines Monats fristlos kündigen, nachdem Sie unsere Mitteilung über die Vertragsänderung erhalten haben. Voraussetzung ist, dass sich die Prämie um mehr als 10% erhöht oder dass wir den Versicherungsschutz für den nicht angezeigten Umstand ausschließen. Auf dieses Recht weisen wir Sie in der Mitteilung über die Vertragsänderung gesondert hin.

4. Voraussetzungen für die Ausübung unserer Rechte

- (13) Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung stehen uns nur zu, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben. Wir können unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt, sobald wir von der Verletzung der Anzeigepflicht Kenntnis erlangt haben, auf die sich unser Recht bezieht. Bei der Ausübung unserer Rechte haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Zur Begründung unserer Erklärung dürfen wir nachträglich weitere Umstände angeben, wenn für diese die Frist nach Satz 2 nicht verstrichen ist.
- (14) Wir haben kein Recht zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung, wenn uns der angezeigte Umstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige bekannt war.
- (15) Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung und zur Vertragsänderung erlöschen nach Ablauf von fünf Jahren nach Vertragsabschluss. Das gilt nicht für Versicherungsfälle, die vor Ablauf dieser Frist eingetreten sind. Diese Frist beträgt zehn Jahre, wenn Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt haben.

5. Vertretung

- (16) Werden Sie bei Vertragsschluss vertreten, sind sowohl die Kenntnis und die Arglist Ihres Vertreters als auch Ihre Kenntnis und Ihre Arglist zu berücksichtigen. Auch Ihr Vertreter ist vollumfänglich anzeigepflichtig. Sie können sich nur darauf berufen, dass die Anzeigepflicht nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt worden ist, wenn weder Ihrem Vertreter noch Ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.

6. Anfechtung

- (17) Wir haben auch das Recht, den Vertrag anzufechten, falls unsere Entscheidung zur Vertragsannahme durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewusst oder gewollt beeinflusst wurde. Handelt es sich um Angaben der versicherten Person, können wir trotzdem Ihnen, dem Versicherungsnehmer, gegenüber die Anfechtung erklären, auch wenn Sie von der Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht keine Kenntnis hatten.

7. Leistungserweiterung/Wiederherstellung der Versicherung

- (18) Die Absätze (1) bis (17) gelten entsprechend, wenn der Versicherungsschutz nachträglich erweitert oder wieder in Kraft gesetzt wird und daher eine neue Risikoprüfung durchgeführt werden muss. Die Fristen gemäß Absatz (13) beginnen mit der Änderung oder Wiederherstellung des Vertrages bezüglich des geänderten oder wiederhergestellten Teils neu.

8. Erklärungsempfänger

- (19) Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung, zur Vertragsänderung und zur Anfechtung üben wir durch eine schriftliche Erklärung aus, die wir Ihnen gegenüber abgeben. Sofern Sie keine andere Person als Bevollmächtigten benannt haben, gilt nach Ihrem Tod ein Bezugsberechtigter als bevollmächtigt, diese Erklärung entgegenzunehmen. Ist kein Bezugsberechtigter vorhanden oder ist sein Aufenthalt nicht zu ermitteln, können wir den Inhaber des Versicherungsscheins als bevollmächtigt ansehen, die Erklärung entgegenzunehmen.

15 Welche weiteren Mitteilungspflichten haben Sie?

- (1) Sind wir wegen gesetzlicher Regelungen zur Erhebung und Meldung von Informationen und Daten zu Ihrem Vertrag verpflichtet, müssen Sie uns die hierfür notwendigen Informationen, Daten und Unterlagen unverzüglich (d.h. ohne schuldhaftes Zögern) zur Verfügung stellen. Dies gilt sowohl vor und bei Vertragsabschluss als auch bei Änderung nach Vertragsabschluss oder auf Nachfrage. Sie sind auch zur Mitwirkung verpflichtet, falls der Status dritter Personen mit Rechten an Ihrem Vertrag für Datenerhebungen und Meldungen maßgeblich ist.
- (2) Notwendige Informationen gemäß Absatz (1) sind insbesondere Umstände, die maßgebend sein können für die Beurteilung
- Ihrer persönlichen Steuerpflicht,
 - der Steuerpflicht dritter Personen mit Rechten an Ihrem Vertrag und
 - der Steuerpflicht des Leistungsempfängers (Bezugsberechtigten)
- (3) Dazu zählen die deutsche oder ausländische Steuerpflicht, die Steueridentifikationsnummer, der Geburtsort und der Wohnsitz.
- (4) Falls Sie uns die notwendigen Informationen, Daten und Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellen, müssen Sie davon ausgehen, dass wir Ihre Vertragsdaten an die zuständigen in- oder ausländischen Steuerbehörden melden – auch wenn keine Steuerpflicht besteht.

16 Welche Folgen hat die Verletzung vertraglicher Obliegenheiten?

- (1) Dieser Vertrag regelt verschiedene Obliegenheiten, die Sie zu erfüllen haben, zum Beispiel unter Punkt 7 und 15 dieser Bedingungen.
- (2) Verletzen Sie eine durch Sie zu erfüllende vertragliche Obliegenheit, sind wir leistungsfrei, wenn dies vorsätzlich geschah. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit sind wir

berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen; die Beweislast für das Nichtvorliegen einer groben Fahrlässigkeit tragen dabei Sie. Abweichend davon bleiben wir zur Leistung verpflichtet, soweit die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich ist; dies gilt nicht, wenn Sie Ihre Obliegenheit arglistig verletzt haben.

- (3) Die vollständige oder teilweise Leistungsfreiheit gemäß Absatz (2) setzt bei Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Auskunft- oder Aufklärungsobliegenheit voraus, dass wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben.

17 Was gilt bei Änderung Ihrer Postanschrift und Ihres Namens?

- (1) Ändert sich Ihre Postanschrift, müssen Sie uns das unverzüglich (d.h. ohne schuldhaftes Zögern) mitteilen. Wir sind berechtigt, an Sie zu richtende Erklärungen (z.B. Zahlungsfrist setzen) mit eingeschriebenem Brief an Ihre zuletzt bekannte Anschrift zu senden. In diesem Fall gilt unsere Erklärung drei Tage nach Absendung des eingeschriebenen Briefes als zugegangen. Dies gilt auch, wenn Sie den Vertrag für Ihren Gewerbebetrieb abgeschlossen und Ihre gewerbliche Niederlassung verlegt haben.
- (2) Bei Änderung Ihres Namens gilt Absatz (1) entsprechend, jedoch müssen Sie uns gegenüber die Namensänderung belegen (zum Beispiel durch Vorlage einer beglaubigten Kopie der Heiratsurkunde oder einer Ausweiskopie).
- (3) Wenn Sie Ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, dann müssen die Beiträge für Ihre Versicherung trotzdem weiterhin von einem Konto innerhalb der Europäischen Union (EU) bezahlt werden.

18 Wie können Sie Ihren Vertrag anpassen?

- (1) Eine Erhöhung der Versicherungssumme ist zu den Bedingungen und Preisen möglich, die im Zeitpunkt Ihres Antrags auf Erhöhung der Versicherungssumme aktuell für das Neugeschäft gelten. Eine Erhöhung der Versicherungssumme setzt eine erneute Risikoprüfung voraus und gilt mit dem Beginn der nächsten Versicherungsperiode.
- (2) Eine Reduzierung der Versicherungssumme ist unter Berücksichtigung der Mindestprämie möglich, die im Zeitpunkt Ihres Antrags auf Reduzierung der Versicherungssumme für das Neugeschäft gilt. Eine Reduzierung der Versicherungssumme setzt keine erneute Risikoprüfung voraus, ist während der Vertragslaufzeit maximal drei Mal möglich und wird mit dem Beginn der jeweils nächsten Versicherungsperiode zu bestehenden Konditionen wirksam.

19 Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung?

Auf Ihren Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.

20 Wo ist der Gerichtsstand?

- (1) Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag ist das Gericht des Ortes zuständig, an dem der Versicherungsnehmer zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz, oder falls kein Wohnsitz besteht, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für Klagen gegen den Versicherungsnehmer ist dieses Gericht ausschließlich zuständig. Wenn Sie eine juristische Person oder parteifähige Personengesellschaft sind, ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk Sie Ihren Geschäftssitz haben.
- (2) Für Klagen gegen den Versicherer kann auch das für den Geschäftssitz des Versicherers örtlich zuständige Gericht oder das für die Niederlassung Deutschland örtlich zuständige Gericht angerufen werden.
- (3) Hat der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt nach Abschluss des Versicherungsvertrages ins Ausland verlegt oder ist sein Wohnsitz oder sein gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt, so ist das Gericht am Geschäftssitz des Versicherers zuständig oder am Sitz seiner Niederlassung Deutschland zuständig.

DE/TL/TC/2006/0419